

Rundmachung

betreffend die Anzeige behufs Klassifikation der Pferde und die Anzeige der Fuhrwerke.

A. Anzeige der Pferde.

Geheft Vorbericht der im Sinne des § 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 235 laut Erlasses des I. k. Ministeriums für Landwirtschaftung vom 5. Jänner 1914, Nr. 1572—XVII ex 1913 im Jahre 1914 fassenden Pferdeklassifikation werden die Pferdebesitzer aufgefordert, innerhalb der Frist vom 21. Februar bis einschließlich 28. Februar 1914 die Zahl und Gattung ihrer Pferde (Blasen, Blasen und Esel) sowie die Zahl der zugelassenen Tragtierausführungen dem magistratischen Bezirkssame des Standortes anzugeben.

Hierauf dienen die von den magistratischen Bezirkssämlern in die Häuser des Wiener Gemeindegebietes zugestellten Anzeigen, welche am 1. März 1914 in den Häusern wieder abgezählt werden.

Von der Anzeige sind ausgenommen:

- a) Die vor Hofhaltung St. Wohl und der Mitglieder des kaisischen Hauses gehörigen Pferde und Tragtierausführungen;
- b) die zum persönlichen Gebrauch des regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein im Majestätskaste zu Wien und im Schloss zu Eisgrub in Altböhmen gehörigen Pferde und Tragtierausführungen;
- c) die zum persönlichen Gebrauch bestimmten Pferde und Tragtierausführungen jener Personen, die im Sinne des internationalen Rechts Offiziersreisefähigkeit geniesen;
- d) die Justiz- und Wehrfahrtspferde der Hofgarde;
- e) die kaiserlichen Pferde und Tragtierausführungen, dann soviel Pferde der aktiven Offiziere, als diese zur Verschönerung ihres Dienstes zu halten verpflichtet sind.

Außerdem sind von der Vorführung vor die Klassifikationskommission, jedoch nicht von der Anzeige bereit:

sowie Pferde der militärischen Angehörigen der bewaffneten Macht, als sie im Mobilisierungshalle zu halten verpflichtet sind
 (Nachweis: Beleidigung des vorgesetzten Kommandos);
 die für die Angehörigen der Gendarmerie zur Ausübung ihres Dienstes erforderlichen Pferde;
 die zur Bedienung der Post unbedingt erforderlichen Pferde (Nachweis: Beleidigung der Post- und Telegraphen-Direktion);
 die für die Seefahrer, Aerzte und Tierärzte zur Ausübung ihres Berufes auf dem Lande unbedingt erforderlichen, jedoch höchstens je zwei Pferde,
 die zu Zuchtzwecken in Privatgestüten dauernd verwendete Hengste und Stuten, alle ausschließlich und dauernd zu Rennzwecken gehaltenen Pferde,
 jene Pferde, welche im Jahre der Klassifikation das 4. Lebensjahr noch nicht vollendet, hochzählige Stuten, sowie Stuten mit Sanglios während einer fruchtbaren Saison,
 die Pferde mit nachgewiesener, die öffentliche und dauernde Unbrauchbarkeit für jeden Kriegsdienst begründenden Gebrechen: Arthros, Schale (Knochenentzündung um ein Gelenk) und Paroxys, wenn diese Gebreche ein ständiges und bleibendes Leidzonen zur Folge haben, ferner Blindheit auf beider Augen, Dummheit und blodgrauer Dunst (Nachweis: ein von einem Tierarzt ausgesetztes oder ein von zwei Behörden vorausfahrende Pferd aufgehobenes und von Bezirkssämler bestätigtes Zeugnis)

Befreiungsklausur, die deren Nachweis auf zwei Weisen vorliegenden Pferde aufgestelltes Zeugnis vorzulegen ist. Wenn, wenn dieses Zeugnis infolge Weisung der für die Ausstellung zunächst in Betracht kommenden Personen nicht oder nur schwer zu erhalten wäre, durch ein Zeugnis des Bezirkssämlers nachzuweisen werden, den diesen Umstand und das Zeugnis des Befreiungsgeändes bestätigt.

Die bezüglichen Befreiungsbewilligungen sind gleichzeitig mit der Anzeige gelöst zu machen und nachzuweisen.

Zeit und Ort der Klassifikation werden abgestimmt und verlasst werden.

Es sind daher offizielle Auskünfte in den Pferdeständen, welche vorliegen der Klassifikation der Pferde bestimmten Tage stattfinden, dem betreffenden magistratischen Bezirkssame bekanntzugeben.

Pferdebesitzer, welche zur Zeit der Klassifikation mit ihren Pferden in den gewöhnlichen Aufenthaltsorte nicht anwesend sind, können ihre Pferde in beobachtungsfähigen Fällen einer Klassifikationskommission vorführen, welche innerhalb oder in der Nähe ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes amtiert.

Bei diesen Zwecke haben Pferdebesitzer gelegentlich der Anzeige ihres Pferdestandes unter genauer Angabe des betreffenden Ortes und Bezirks, der Dauer des primitiven Aufenthaltes und der Zahl der dazu mitzunehmenen Pferde um die Klassifikation dieser Pferde im Delegierungsweg anzuheben.

B. Anzeige der Fuhrwerke.

Innerhalb der unter A angegebene Frist haben gleich § 15 des eingangs bezeugten Gesetzes die Fuhrwerksbesitzer die Zahl und Gattung ihrer für den animalischen Fuhrwerke den magistratischen Bezirkssame des Standortes auf die unter A bezeichnete Art unter Beweisstellung besitztigen Papierzeichen wie für die Pferde anzugeben.

Als die A anzugeben von der Anzeige gründen hingegen die unter A u. s angeführten Befreiungsgründe, welche im Falle einer Transportmittelabstufung gleichfalls die Befreiung von ihr überlassung der Fuhrwerke an den Staat begründen.

Von dieser Abstufung sind stets ausgenommen:

solche Fuhrwerke der militärischen Angehörigen der bewaffneten Macht, als sie im Mobilisierungshalle zu halten verpflichtet sind; die zur Bedienung der Post unbedingt erforderlichen Fuhrwerke;

die für die Seefahrer, Aerzte und Tierärzte zur Ausübung ihres Berufes auf dem Lande unbedingt erforderlichen Fuhrwerke,

und zwar nicht mehr als je ein Fuhrwerk; solche

für Polizei- und Sanitätszwecke, sowie für die Feuerwehren unbedingt erforderlichen Fuhrwerke.

Die angeführten Fuhrwerke, sowie die bei den Besitzern vorhandenen Reitzeuge, Verzierungen und Tragtierausführungen können durch die militärischen Vertreter der Pferdeklassifikationsbehörden bei den Besitzern der Orte und Städte bestätigt werden.

Die zur Befreiung beanspruchten militärischen Vertreter werden sich durch eine offene Ordner aufzeichnen.

Die Besitzer von Pferden und Fuhrwerken, die der gesetzlichen Verpflichtung zur Anzeige der Pferde, Tragtierausführungen und Fuhrwerke, und zur Werbung der Tragtierausführungen nicht nachkommen, werden mit Geldstrafen bis zu 200 Kronen — bei Unzulänglichkeit der Geldstrafe mit einer Freiheitsstrafe bis zum Höchstdurhahrt von einem Monate belegt.

Vom Magistraten der I. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

als politischer Behörde I. Instanz

am 9. Februar 1914.